

Max Reinhardt

Biografieanalyse zweier Generationen von SPD-Spitzenpolitikern aus der Perspektive der Habitus-Feld-Analyse

Der vorliegende Artikel basiert zum Teil auf meiner Dissertation „Aufstieg und Krise der SPD. Flügel und Repräsentanten einer pluralistischen Volkspartei“.¹ In dieser werden die Biografien von SPD-Spitzenpolitikerinnen und Spitzenpolitikern der Nachkriegsgeneration, die noch als junge Erwachsene oder als Kinder Nationalsozialismus, Zweiten Weltkrieg und die unmittelbare Nachkriegszeit miterlebten, sowie der so genannten Urenkelgeneration Willy Brandts untersucht, die nach der Schröder-Ära (ab 2005) die Politik der SPD auf Bundesebene maßgeblich gestalten. Ziel meiner Arbeit war es, das Kräftefeld der SPD-Spitzenpolitik am Beispiel ausgewählter Interviewpartner zu analysieren, um einen eventuellen Wandel der Volkspartei SPD und ihrer Wähler- und Mitgliederrepräsentation herauszuarbeiten.

Im vorliegenden Beitrag werden im ersten Teil in Abgrenzung zum Theorem der Persönlichkeit (rational choice und Robert K. Merton) die theoretischen Grundlagen des methodischen Vorgehens der Analyse von Biografien dargestellt, das inspiriert wurde durch die Habitus-Feld-Methode von Pierre Bourdieu. Im zweiten Teil wird auf die Auswahlkriterien für die Interviewpartner und im dritten Teil auf die Interview- und Interpretationsmethode eingegangen. Anschließend folgt eine Präsentation ausgewählter Ergebnisse und ihr Vergleich, die Aufschluss darüber geben, ob sich die Repräsentationsfähigkeit der SPD auf der Ebene der Spitzenpolitik gewandelt hat.

Biografieanalyse

In der Parteienforschung wird die Persönlichkeit zunehmend zur Erklärung von Wahlniederlagen oder Wahlsiegen genutzt. So untersucht beispielsweise Volker Kunz aus Sicht der Rational-choice-Forschung psychologische Persönlichkeitsmerkmale und ihre Auswirkungen auf die Wahlabsicht. Er kommt zu dem Ergebnis, dass „der Wähler lediglich auf Grundlage der Wahrnehmung“ entscheidet, „ob ein Politiker auf derselben Seite steht wie er selbst“.² Kunz untersucht aber nicht das Zustandekommen von Persönlichkeitsmerkmalen, sondern erhebt sie so, als wären sie Fakten. Auch Robert K. Mertons Metapher „Ein Zwerg, der auf den Schultern eines Riesen steht, kann weiter sehen als der Riese selbst“³ überhöht

- 1 Max Reinhardt: *Aufstieg und Krise der SPD. Flügel und Repräsentanten einer pluralistischen Volkspartei*, Baden-Baden 2011.
- 2 Volker Kunz: *Wahlrationalität, Persönlichkeitsstruktur und politisches Verhalten in Deutschland*, in: Siegfried Schumann unter Mitarbeit von Harald Schoen (Hg.): *Persönlichkeit. Eine vergessene Größe der empirischen Sozialforschung*, Wiesbaden 2005, S. 110.
- 3 Robert K. Merton: *Auf den Schultern von Riesen. Ein Leitfaden durch das Labyrinth der Gelehrsamkeit*, Frankfurt am Main 1980.

die Persönlichkeit – in diesem Falle von Wissenschaftlern – als „Dreh- und Angelpunkt für das Hervorbringen dessen (...), worum es geht: Erkenntnis“.⁴

Steffani Engler kritisiert in ihrer Untersuchung über Lebenswege von Professoren diese Vorstellung der Persönlichkeit oder des Subjekts, weil „nicht danach gefragt“ wird, „wie die Einzigartigkeit zu Stande kommt“. Sie kritisiert das dualistische Denkschema von Subjekt und Objekt, das selbst „nicht zum Gegenstand der soziologischen Analyse gemacht“ wird.⁵

Umso wichtiger ist es, gerade in der Biografieforschung nicht einer „biografische(n) Illusion“⁶ zu verfallen und Biografien durch eine kohärente Darstellung einen Sinn zu verleihen. Dies mündet dann meist in die Feststellung, er habe „immer schon“ dies oder jenes geliebt.⁷

Um zu vermeiden, zum biografischen „Ideologen“ zu werden, ist es im Sinne Bourdieus notwendig, die jeweilige Machtstruktur eines Feldes zu analysieren.⁸ So konstruiert er zum Beispiel das religiöse Feld „als Gesamtsystem der objektiven Relationen zwischen den Positionen“, um eine „Aufzählung einer endlosen Reihe von Ausnahmen von ‚Realtypen‘“ und eine substantialistische Deutung zu vermeiden. Vielmehr ist das relationale Denken für eine Analyse entscheidend.⁹

Lebenswege¹⁰ sind nach Bourdieu Bewegungen im sozialen Raum, „die von einer Position zu einer anderen führen“.¹¹ Sie werden durch eine „Konstruktion der jeweilig historisch gegebenen Machtstruktur“ nachvollziehbar.¹²

Die Besonderheit des politischen Feldes ist, dass es „ständig auf seine Klientel (...), auf die Laien“ bezogen bleibt.¹³ Die SPD hat sich nach 1945 zunehmend Wählern geöffnet, die zuvor noch zum katholischen, kommunistischen oder nationalen Parteienlager gezählt hatten, und wurde dadurch von einer Arbeiter- zu einer Volkspartei.¹⁴ Dies führte bereits in den 1960er Jahren dazu, dass „die Funktionäre überwiegend im öffentlichen Dienst beschäftigt

4 Steffani Engler: „In Einsamkeit und Freiheit“? Zur Konstruktion der wissenschaftlichen Persönlichkeit auf dem Weg zur Professur, Konstanz 2001, S. 14.

5 Ebd., S. 16.

6 Pierre Bourdieu: Die biographische Illusion, in: BIOS. Zeitschrift für Biographieforschung, Oral History und Lebensverlaufanalysen 3 (1990), S. 75–81.

7 Ebd., S. 76.

8 Ausführlich dazu siehe ebd., S. 76–81.

9 Pierre Bourdieu: Das religiöse Feld. Texte zur Ökonomie des Heilsgeschehens, Konstanz 2000 [1971], S. 15.

10 Im Unterschied zu Bourdieu verwende ich den umfassenderen Begriff *Lebensweg*, da der Begriff *Laufbahn* in der deutschen Übersetzung von *trajectoire* zu sehr auf die Berufswelt beschränkt ist, indem er an die Beamtenlaufbahn erinnert, vgl. Max Reinhardt: Lebenswege und politisches Feld. Eine Analyse der Machtstruktur der SPD, in: Forum Qualitative Sozialforschung/Forum: Qualitative Social Research 12 (2011), <nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0114-fqs1102197>, S. 3, Fn. 5.

11 Bourdieu: Die biographische Illusion, S. 80.

12 Reinhardt: Lebenswege und politisches Feld, S. 3.

13 Pierre Bourdieu: Das politische Feld, in: ders.: Das politische Feld. Zur Kritik der politischen Vernunft, Konstanz 2001 [1999], S. 51.

14 Ausführlich zur Öffnung der SPD am Beispiel des Ruhrgebiets siehe den Sammelband von Lutz Niethammer (Hg.): „Hinterher merkt man, dass es richtig war, dass es schiefgegangen ist“. Nachkriegserfahrungen im Ruhrgebiet, Berlin/Bonn 1983.

waren, zu einem großen Teil aus Angestellten, Beamten und Akademikern bestanden und das Element der kommunalen Funktionäre überwog, hingegen noch als Arbeiter tätige Funktionäre eine kleine Minderheit waren und der Anteil der in haupt- oder ehrenamtlichen gewerkschaftlichen Funktionen Tätigen gering war¹⁵. Die Unterscheidung von Berufspositionen ist aber zu eindimensional, um sozialen Wandel erklären zu können, zumal nach 1945 viele Arbeiter in Angestelltenfunktionen aufgerückt sind.¹⁶ Deshalb sollte eine Untersuchung über die Repräsentationsfähigkeit einer Partei auf andere Analysedimensionen gegründet sein.

Das Ziel einer Volkspartei ist es, eine möglichst heterogene Repräsentationsfähigkeit politischer und religiöser Einstellungen sowie von Berufsmilieus, Habitus, der Geschlechter, des Alters, der Ethnien und der Regionen herzustellen. Deshalb ist es sinnvoll, anhand von Habitus sowie politischen und religiösen Einstellungen zu untersuchen, wie heterogen die Repräsentationsfähigkeit einer Volkspartei ist. Bourdieu konstatiert in diesem Sinne eine „Homologie der Positionen von Mandatsträgern und Mandanten“.¹⁷ Dies gilt gerade auch für die „Formulierung und Durchsetzung der ‚guten‘ Sicht- und Teilungsprinzipien“ im Auftrag der Wähler und Mitglieder.¹⁸ Sie sind aber nicht nur zwischen Parteien, sondern auch innerhalb von Parteien und ihren „Richtungen“ oder „Strömungen“ umkämpft.¹⁹ Wenn Mandatsträger ihre Mandanten enttäuschen, kann eine Repräsentationskrise entstehen.²⁰

Der Habitus ist „akkumulierte Geschichte“²¹ und bildet sich „in den vordiskursiven Phasen der frühen Kindheit“ im familialen Milieu,²² aber in späteren Phasen entlang der in der Kindheit gelegten Grundstrukturen immer stärker auch „in den Peer-groups, im Erziehungs- und Berufssystem und in den territorialen Nachbarschaftsmilieus“ heraus.²³

Im Unterschied zur quantitativen Analyse²⁴ und der Erhebung von Berufsstatistiken ermöglicht eine qualitative Habitusanalyse eine umfassendere Herausarbeitung von Einstel-

15 Hans-Peter Riesche: Sozialforschung in politischer Absicht. Vermutung über Peter von Oertzens unvollendete „Soziologische Untersuchung über die unteren Organisationseinheiten der SPD“ 1960/61, in: Jürgen Seifert/Heinz Thörner/Klaus Wettig (Hg.): Soziale oder sozialistische Demokratie? Beiträge zur Geschichte der Linken in der Bundesrepublik, Marburg 1989, S. 97.

16 Ausführlich dazu siehe Daniel Gardemin: Soziale Milieus der gesellschaftlichen „Mitte“. Eine typologisch-sozialhistorische und multivariat-sozialstatistische Makroanalyse des Leistungsorientierten Arbeitnehmersmilieus und des Kleinbürgerlichen Arbeitnehmersmilieus, Dissertation Universität Hannover 2006 <edoko1.tib.uni-hannover.de/edoks/eoidho6/509255175.pdf>.

17 Pierre Bourdieu: Kurze Bemerkung über die Antinomie des kollektiven Protests, in: ders.: Das politische Feld. Zur Kritik der politischen Vernunft, Konstanz 2001 [1985], S. 131.

18 Bourdieu: Das politische Feld, S. 51.

19 Pierre Bourdieu: Die politische Repräsentation, in: ders.: Das politische Feld, S. 88.

20 Zur Repräsentationskrise vgl. z. B. Michael Vester u. a.: Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel, Frankfurt am Main 2001, S. 116–118.

21 Pierre Bourdieu: Sozialer Sinn. Kritik der theoretischen Vernunft, Frankfurt am Main 1987 [1981], S. 99–101.

22 Vester u. a., S. 165.

23 Ebd., S. 167.

24 Vgl. zum Beispiel die Analyse von Wilhelm Heinz Schröder: Sozialdemokratische Parlamentarier in den deutschen Reichs- und Landtagen 1867–1933. Biographien, Chronik, Wahldokumentation. Ein Handbuch, Düsseldorf 1995.

lungen, bei denen es sich um „inkorporierte Merkmale wie die klassenspezifischen Habitusformen“ handelt,²⁵ zu denen „die Grundorientierungen der Körperhaltungen, emotionalen Energie, des Geschmacks, der moralischen Prinzipien usw.“ zählen.²⁶

Die politischen Einstellungen unterliegen einer anderen Logik als die Alltagseinstellungen.²⁷ „Aus einer bestimmten Alltagseinstellung geht nur im Sinne einer Wahrscheinlichkeit eine bestimmte politische Einstellung hervor. Dies hängt von den jeweiligen historischen, Milieu- und politischen Bedingungen ab.“²⁸ Politische und religiöse Einstellungen bilden die Grundlage der Klassifizierung der sozialen Welt, um die politische Kämpfe ausgetragen werden.²⁹ Politische Einstellungen können vererbt werden, sind aber nach Bourdieu oftmals Folge von Lebensweffekten (Auf- und Abstiegserfahrungen), die durch eine Veränderung der Feldstrukturen (Stichwort *sozialer Wandel*) entstehen.³⁰

Die Analyse sozialen Wandels ist in diesem Sinne eine wesentliche Voraussetzung, um Biografien zu verstehen, da sich ihr Verlauf durch sozialen Wandel ändern kann. Deshalb habe ich auch untersucht, inwiefern sozialer Wandel für die Biografien der Interviewpartner ausschlaggebend war. Eine Auswahl der Ergebnisse führe ich in den Abschnitten 4 f. aus.

Kriterien für die Auswahl der Interviewpartner

Die Studie war explorativ angelegt, um sicherzustellen, dass im Sinne der Repräsentanz für soziale Gruppen möglichst typische Interviewpartner ausgewählt werden.³¹ Ein zentrales Auswahlkriterium war die Beschränkung auf die Spitzenpolitik im Berliner Machtzentrum, also auf die Spitzenpolitik auf Bundesebene, worunter der Funktion nach Bundespräsidenten, Bundeskanzler, Bundesminister, Bundestagspräsidenten, Vorsitzende der Bundestagsfraktion, Parlamentarische Geschäftsführer und Mitglieder im SPD-Präsidium zu verstehen sind. Spitzenpolitiker unterscheiden sich von Technokraten und insbesondere von Beamten im Sinne von Max Weber darin, dass sie mehr Entscheidungsbefugnisse haben und sich in geringerem Maße als diese einer Verwaltungs- und Sachzwanglogik beugen müssen. Ich bin in einigen Fällen von der Definition der Spitzenpolitik abgewichen, wenn andere Kriterien dies erforderlich gemacht haben.³²

25 Pierre Bourdieu: Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft, Frankfurt am Main 1987 [1982], S. 175.

26 Vester u. a.: Mileus, S. 165.

27 Reinhardt: Aufstieg und Krise der SPD, S. 191; siehe auch Vester u. a.: Mileus, S. 25.

28 Reinhardt: Aufstieg und Krise der SPD, S. 191.

29 Ausführlich dazu siehe Max Weber: Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus. I. Das Problem. Der „Geist“ des Kapitalismus, in: ders.: Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie, Band 1, Tübingen 1978 [1920], S. 30–62; Bourdieu: Die feinen Unterschiede, S. 647–740.

30 Ausführlich dazu siehe ebd., S. 707–719.

31 Vgl. Andrea Lange-Vester: Untersuchungsmethoden. Exploration eines sich wandelnden Feldes, in: Michael Vester/Christel Teiwes-Kügler/Andrea Lange-Vester (Hg.): Die neuen Arbeitnehmer: Zunehmende Kompetenzen – wachsende Unsicherheit, Hamburg 2007, S. 71.

32 Reinhardt: Lebenswege und politisches Feld, S. 6.

Ein weiteres Kriterium war die Generation, die sich begrifflich auf eine gemeinsame historische Erfahrung einschränken lässt. So handelt es sich bei den älteren SPD-Spitzenpolitikern um die Jahrgänge zwischen 1924–37, die Nationalsozialismus, Zweiten Weltkrieg und die unmittelbare Nachkriegszeit miterlebten, und bei den jüngeren um die Jahrgänge zwischen 1953–59, die die Politik nach dem Rückzug von Schröder aus der Politik tonangebend gestalten. Nur Andrea Nahles ist Jahrgang 1970. Sie wurde ausgewählt, weil sie die maßgebliche Repräsentantin der SPD-Linken war und ist. In diesem Sinne waren ein drittes Kriterium die politischen Strömungen, die Patrick Köllner und Matthias Basedau abhängig vom Institutionalierungsgrad „personalisiert“ oder „institutionalisiert“ als Faktionen bezeichnen.³³ Ein viertes Kriterium für die Auswahl war das Geschlecht der Interviewpartner:

Ich habe für die ältere Generation zwei Frauen und fünf Männer sowie für die jüngere Generation zwei Frauen und vier Männer ausgewählt. Auf der Ebene der Spitzenpolitik dominieren weiterhin vor allem Männer, sodass diese Auswahl durch die Geschlechterverteilung bei den Spitzenämtern zu begründen ist. Die Ungleichverteilung der Geschlechter gilt vor allem noch für die ältere Generation, während die nachfolgenden Generationen durch die Einführung der 40-Prozent-Quote auf dem SPD-Parteitag 1988 in Münster eine ausgeglichene Geschlechterverteilung vorzuweisen haben. Die höchsten Ämter wie Bundeskanzler, Außenminister oder Parteivorsitzender wurden bzw. werden in der SPD allerdings weiterhin von Männern besetzt, sodass diese Überrepräsentation auch die Auswahl für die vorliegende Untersuchung beeinflusst hat.³⁴

Ein weiterer Maßstab für die Auswahl der Interviewpartner war ihre soziale Herkunft, die wie folgt bekannt war:

- Peter von Oertzen und Hans Jochen Vogel (liberales und konservatives Bürgertum);
- Anke Fuchs, Hans Koschnick und Hermann Rappe (Politiker der Arbeiterbewegung);
- Thomas Oppermann (Verwaltung in der Landwirtschaft);
- Brigitte Zypries (Unternehmer);
- Ernst Breit, Andrea Nahles, Olaf Scholz, Frank-Walter Steinmeier, Inge Wettig-Danielmeier (Arbeitnehmer, von denen einige aufgestiegen sind).³⁵

Die Zusammensetzung der ausgewählten Interviewpartner der älteren Generation ist uneinheitlicher. „Diese Heterogenität kam durch die innerparteiliche Balance der *Faktionen* zum Tragen, während sich die Repräsentationsfähigkeit bei den SpitzenpolitikerInnen der jüngeren Generation durch die Dominanz eines Typus verengt hat. Deshalb konzentrierte sich die Untersuchung auf diesen Typus und wurde ergänzt durch einen weiteren kontrastierenden Typus (Andrea Nahles). Eine breiter angelegte Studie könnte eine Aufgabe für ein

33 Patrick Köllner/Matthias Basedau: Faktionismus in politischen Parteien. Eine Einführung, in: Patrick Köllner/Matthias Basedau/Gero Erdmann (Hg.): Innerparteiliche Machtgruppen. Faktionismus im internationalen Vergleich, Frankfurt am Main 2006, S. 19.

34 Reinhardt: Lebenswege und politisches Feld, S. 11.

35 Reinhardt: Aufstieg und Krise der SPD, S. 181f.

künftiges Forschungsprojekt sein, das auch über das Berliner Machtzentrum hinausgehen könnte.“³⁶

Interview- und Interpretationsmethode

Zwischen 2003 und 2006 wurden leitfadengestützte, teilstandardisierte Interviews geführt, um den Interviewpartnern einerseits möglichst viel Raum zum Erzählen zu lassen und andererseits eine Vergleichbarkeit zu gewährleisten. Die Leitfäden waren keine strenge Vorgabe für die Interviews, sondern dienten zur Orientierung, zumal die Interviewpartner zum Teil einige Themen selbst angesprochen haben.³⁷

Die Interviews wurden wortwörtlich transkribiert und anschließend im Sinne der habitushermeneutischen Methode sequenziell, also Abschnitt für Abschnitt, interpretiert.³⁸ Analysiert wurden Habitus, politische und religiöse Einstellungen sowie Lebenswege und Lebenswegeeffekte.³⁹ Nach den sequenziell vorgenommenen Interpretationen wurden erste Fallstudien erstellt. Der Vergleich der Fallstudien erfolgte, um Unterschiede und Gemeinsamkeiten herauszuarbeiten. So war es möglich, erste Typen zu bilden, die „aber noch stark auf der individuellen Ebene verblieben“. ⁴⁰ Experteninterviews über Konflikte in der IG Chemie vor allem in den 1970er Jahren, über SPD-Faktionen nach 1945 und über die niedersächsische Bildungs- und Hochschulpolitik der 1970er Jahre vertieften die Analyse des politischen Feldes.⁴¹ Die Experteninterviews dienten zur Ergänzung von Literatur und Quellen, die für die Fallstudien von Peter von Oertzen und Hermann Rappe sowie zur Analyse der Strömungen und Faktionen nach 1945 herangezogen wurden, auf die in diesem Artikel nur im Zusammenhang mit den Lebensweganalysen eingegangen wird. Für die elf weiteren Fallstudien lag der Fokus auf Quellen und vorhandener Literatur, um die jeweils relevanten lebensweg- und regionalspezifischen Bedingungen des politischen Feldes herauszuarbeiten. Die 13 Fallstudien enthalten eine Analyse zur sozialen Herkunft, zu den beruflichen Traditionslinien der Familie und zum Habitus sowie zu politischen und religiösen Einstellungen von Verwandten, soweit es das Material ermöglichte. Die Typenbildung erfolgte dann bei dem abschließenden Vergleich der einzelnen Spitzenpolitiker und -politikerinnen.⁴²

36 Reinhardt: Lebenswege und politisches Feld, S. 19 f.

37 Zu den Leitfäden siehe ebd., S. 12 oder Reinhardt: Aufstieg und Krise der SPD, S. 184.

38 Ausführlich zum methodischen Vorgehen siehe Reinhardt: Lebenswege und politisches Feld, S. 13.

39 Zwar sind „die Individuen nicht vollständig durch ihre Merkmale zu definieren, die sie zu einem bestimmten Zeitpunkt besitzen“ (Bourdieu: Die feinen Unterschiede, S. 187). Die erworbenen Dispositionen „überdauern“ (ebd.) aber „im jeweiligen Habitus“ (ebd.), auch wenn *Habitusmetamorphosen* möglich sind (Vester u. a.: Milieus, S. 215–218).

40 Reinhardt: Lebenswege und politisches Feld, S. 13.

41 Reinhardt: Aufstieg und Krise der SPD, S. 184, Fn. 14, 185, Fn. 15; Reinhardt: Lebenswege und politisches Feld, S. 13 f.

42 Ebd., S. 14.

Ausgewählte Ergebnisse: Die ältere Generation

Im Folgenden wird vor allem auf die soziale Herkunft, den Lebensweg und Lebenswegeffekte eingegangen, auf Habitus sowie politische und religiöse Einstellungen lediglich exemplarisch.⁴³

Hans-Jochen Vogel (geb. 1926) stammt mütterlicherseits aus der Familie Zenetti aus dem nordostitalienischen Friaul, die „Gastwirte, Bauern und Handwerker“ waren und „im 18. Jahrhundert in das bayerische Schwaben“ eingewandert sind. Sie übten Berufe als „Professoren, Beamte oder Richter im bayerischen Staatsdienst“ aus.⁴⁴ Der Vater von Hans-Jochen Vogel stammt aus einer mittelfränkischen Familie aus der Gegend von Rothenburg ob der Tauber.⁴⁵ Er selbst war Habilitand und Privatdozent für Tierzucht an der Universität Göttingen.⁴⁶ Er war Mitglied im Freikorps Epp und trat am 1. Mai 1932 „unter den Eindrücken der großen Arbeitslosigkeit“⁴⁷ der NSDAP bei. Er zählte „politisch zu den entschiedensten Kräften“⁴⁸ der NS-Dozentenschaft an der Universität Göttingen. Er zog sich aber ab 1935/36 aus der Politik zurück und begann innerfamiliär, auch gegenüber seinem Sohn, Adolf Hitler für seine sich immer deutlicher abzeichnende Kriegspolitik zu kritisieren, worüber Hans-Jochen Vogel überrascht war, weil er annahm, dass sein Vater als Staatsbeamter der Regierung gegenüber loyal sein müsse.⁴⁹ Als am 9. November 1938 in der Reichspogromnacht die Synagogen brannten, fragte Hans-Jochen Vogel, „ob bald auch die christlichen Kirchen brennen würden“, woraufhin sein Vater zu erkennen gab, dass er mit dem Brand nicht einverstanden und auch seine Mutter ratlos war.⁵⁰ Sie verhinderte später, dass Hans-Jochen Vogel der NSDAP beitrug, indem sie das entsprechende Aufforderungsschreiben zum Beitritt wegwarf, während er als Soldat an der Front war.⁵¹ Er wuchs insofern in einer Umgebung auf, die, wie sein Vater, zeitweise vom Nationalsozialismus überzeugt war, aber in späteren Jahren zweifelte. Hans-Jochen Vogel, der sogar 1940 noch den katholischen Religionsunterricht besuchte, als die Teilnahme nur noch freiwillig war,⁵² wurde nie zu einem fanatischen Anhänger, blieb aber Mitläufer, wie er in Bezug auf die Hinrichtung der

43 Ihre ausführliche Analyse ist ebenso wie die ausführliche Darstellung der Methode in meiner Dissertation nachzulesen (Reinhardt: *Aufstieg und Krise der SPD*).

44 Hans-Jochen Vogel: *Nachsichten. Meine Bonner und Berliner Jahre*, München/Zürich 1997 [1996], S. 509.

45 Heribert Prantl/Hans-Jochen Vogel: *Hans-Jochen Vogel. Im Gespräch mit Heribert Prantl. Politik und Anstand. Warum wir ohne Werte nicht leben können*, Freiburg/Basel/Wien 2005, S. 154.

46 Heinrich Becker: *Von der Nahrungssicherung zu Kolonialträumen: Die landwirtschaftlichen Institute im Dritten Reich*, in: ders./Hans-Joachim Dahms/Cornelia Wegeler (Hg.): *Die Universität Göttingen unter dem Nationalsozialismus*, München 1998, S. 636.

47 Zit. nach Reinhardt: *Aufstieg und Krise der SPD*, S. 206. „Zit. nach“ zeigt im Zusammenhang mit Zitaten aus meiner Dissertation an, dass es sich um Zitate aus Interviewtranskripten handelt, die ich in meiner Dissertation verwendet habe.

48 Zit. nach Becker, S. 636.

49 Ausführlich dazu siehe Reinhardt: *Aufstieg und Krise der SPD*, S. 206–208.

50 Ebd., S. 209.

51 Christoph Amend/Matthias Stolz: *Die Welt der Alten. „Hier sind wir die Jugend“*, in: *Die Zeit* 13/2006.

52 Reinhardt: *Aufstieg und Krise der SPD*, S. 210.

Geschwister Scholl schildert: „Der Gedanke, man dürfe oder man müsse sogar dem Staat Widerstand leisten – und das zudem bei Kriegszeiten – überstieg damals meinen geistigen Horizont. Dafür hatte uns das Regime mit seiner Indoktrination noch zu fest im Griff.“⁵³

Sein Vater wurde nach 1945 nicht entnazifiziert, was er ihm nie vorgeworfen hat, weil er sich dazu „nicht legitimiert“ fühlte.⁵⁴ Hans-Jochen Vogel studierte und promovierte der mütterlichen Tradition entsprechend im Fach Rechtswissenschaften und wurde erst Richter und später Amtsgerichtsrat in der Bayerischen Staatskanzlei sowie „berufsmäßiger Stadtrat und Leiter des Rechtsreferates, bis er 1960 Münchener Oberbürgermeister wurde“.⁵⁵

Er fand den Weg zur SPD 1950, nachdem er bereits „1948 während seines Jura-Studiums in Marburg Veranstaltungen der SPD, der CDU und FDP“ besucht und „die programmatischen Veröffentlichungen der Parteien studiert“ hatte.⁵⁶ Für ihn waren, wie er formuliert, neben der Geschichte der SPD, ihre Position zur „Zwangsvereinigungsfrage in Berlin“, ihre „Betonung der sozialen Gerechtigkeit“, auch ihre Betonung der „deutsche[n] Interessen gegenüber der Besatzungsmacht“ und die Abgrenzung zum Kommunismus durch Kurt Schumacher sowie Waldemar von Knoeringen ausschlaggebende Gründe dafür, der SPD beizutreten.⁵⁷

Hans-Jochen Vogel grenzte sich bereits in dieser Zeit deutlich von „Marx’schen Lehren und Gedanken“⁵⁸ ab, die „dann in Richtung Klassenkampf doch in der SPD in den frühen 1950er Jahren noch eine Rolle spielten“.⁵⁹ Er war darum bemüht, die Distanz zwischen SPD und Kirche „abzubauen und Gespräche erst einmal in die Wege zu leiten“.⁶⁰

Er war ein Befürworter des Godesberger Programms (1959) und nannte sich auch in späteren Jahren einen überzeugten Godesberger, der staats- oder systemüberwindende Forderungen entschieden ablehnte, was sich zum Beispiel in den Auseinandersetzungen im Zuge der Schwabinger Krawalle 1962⁶¹ und mit den Münchener Jungsozialisten (Jusos) zwischen 1969–72 zeigte, die weitgehende Mitbestimmungs-, Verstaatlichungs- und Demokratisierungsforderungen erhoben und von Zeit zu Zeit auch die Mehrheit der Delegierten in der Münchener SPD mobilisierten.⁶²

53 Prantl/Vogel, S. 158.

54 Ebd., S. 162.

55 Reinhardt: Aufstieg und Krise der SPD, S. 211; ausführlich dazu vgl. Hans-Jochen Vogel: Die Amtskette. Meine 12 Münchener Jahre. Ein Erlebnisbericht, München 1972, S. 13.

56 Reinhardt: Aufstieg und Krise der SPD, S. 217.

57 Prantl/Vogel, S. 165. Zur *Wahlverwandtschaft* von Vogel mit Schumacher und von Knoeringen siehe Reinhardt: Aufstieg und Krise der SPD, S. 217 f.

58 Zit. nach ebd., S. 219.

59 Zit. nach ebd.

60 Zit. nach ebd.

61 Bei den Schwabinger Krawallen handelte es sich um Konflikte mit der Polizei nach einer Ruhestörung aufgrund zu lauten Musizierens. Die jungen Leute wollten sich von der Polizei nicht mehr wie früher einschüchtern lassen, die es noch gewohnt war, nach dreimaligem Androhen des Schlagstocks zuzuschlagen (Esther Arens: Lektion in Demokratie. Die „Schwabinger Krawalle“ und die Münchner „Interessengemeinschaft zur Wahrung der Bürgerrechte“, in: Gerhard Fürmetz [Hg.]: „Schwabinger Krawalle“. Protest, Polizei und Öffentlichkeit zu Beginn der 1960er Jahre, Essen 2006, S. 125–140).

62 Ausführlich dazu siehe Reinhardt: Aufstieg und Krise der SPD, S. 219–225.

Vogel wandelte sich aber nach seinem Rückzug aus der Münchener SPD vor allem in seiner Zeit als Regierender Bürgermeister von Berlin 1981 und Oppositionsführer im Berliner Abgeordnetenhaus (1981–83) zu einem den neuen sozialen Bewegungen aufgeschlossenen Politiker, der sich für einen liberalen Umgang mit der Hausbesetzerszene in Berlin einsetzte.⁶³ Als Kanzlerkandidat der SPD für die Bundestagswahl 1983 nannte er die Friedensbewegung sogar einen Bundesgenossen und vollzog damit „eine Wende von der bisherigen Regierungspolitik von Helmut Schmidt in einem wichtigen Detail, auch wenn er die Kontinuität zu ihm betonte“.⁶⁴

Hans-Jochen Vogel, der aus einem katholischen, eher konservativen, zeitweise den Nationalsozialisten nahestehenden Elternhaus (zumindest väterlicherseits) stammte, wandelte sich von einem konservativen Sozialdemokraten, der Mitbegründer der Seeheimer war und sich entschieden von systemüberwindenden Positionen abgrenzte, zu einem, der auf Integration bedacht war. Er hielt zwar an seiner grundsätzlichen Abgrenzung fest, achtete aber zunehmend darauf, nicht mehr so rigide vorzugehen. Trotz inhaltlicher Unterschiede stand er ganz in diesem Sinne Peter von Oertzen nahe, mit dem er in der Programmkommission gut zusammenarbeitete.⁶⁵

Peter von Oertzen (1924–2008) wuchs bei seiner Mutter auf, deren Urgroßvater der „klassizistische(n) und preußische(n) Bildhauer(s) und Akademieprofessor Johann Gottfried Schadow“ (1764–1850) und deren Ururgroßvater durch eine Generationenverschiebung der „klassizistische(n) Dresdener Bildhauer(s) Christian Daniel Rauch“ (1777–1857), ein „Schüler von Schadow“, war. Der Großvater von Peter von Oertzen war Georg Kaibel (1849–1901). Er war „Professor für Klassische Philologie an der Universität Göttingen.“⁶⁶ Die Mutter von Peter von Oertzen, bei der er nach der Trennung seiner Eltern ab dem dritten, vierten Lebensjahr aufwuchs,⁶⁷ war „gelernte Säuglingsschwester, Krankenschwester und Fürsorgeerin, hat jahrelang am Fröbel-Haus in Berlin gearbeitet“. Sie hat Peter von Oertzen erzählt, dass sie „ein einziges Mal SPD gewählt“ habe, „nämlich bei den Wahlen zur Nationalversammlung 1919 und dann nur noch Demokratische Partei bzw. Staatspartei“.⁶⁸

Der Vater von Peter von Oertzen, den er ab seinem zwölften Lebensjahr wieder besuchte, „stammt aus einer mecklenburgisch-pommerschen Junkerfamilie mit vielen Großgrundbesitzern und vielen Berufsoffizieren und einigen Beamten“.⁶⁹ Er kehrte als Offizier aus dem Ersten Weltkrieg zurück, wurde arbeitslos und schloss sich den Freikorps an. Später wurde er Redakteur bei der renommierten „Vossischen Zeitung“ in Berlin und zählte zum Tat-Kreis um Hans Zehrer, der ebenfalls Redakteur der eigentlich liberalen Tageszeitung war. Peter von Oertzen beschreibt den Tat-Kreis als „eine national-sozialis-

63 Ausführlich dazu siehe ebd., S. 228–230.

64 Ebd., S. 230 f.; ausführlich dazu siehe Carl-Christian Kaiser: Hans-Jochen Vogel, Bornheim 1982.

65 Ausführlich dazu siehe Reinhardt: Aufstieg und Krise der SPD, S. 82–86, 219–232.

66 Ebd., S. 233.

67 Stephan Lohr: „Jemand, an dem sich die Geister scheiden“. Ein Gespräch zwischen Stephan Lohr und Peter von Oertzen, in: Seifert/Thörmer/Wettig, S. 251.

68 Ebd., S. 252. DDP und ihre Nachfolgerpartei Staatspartei waren linksliberal.

69 Ebd.

tisch, autoritär, konservativ gerichtete Strömung“.⁷⁰ Sein Vater war zwar national-sozialistisch und nationalrevolutionär eingestellt gewesen. Er grenzte sich aber, so Peter von Oertzen, von der NSDAP und ihren Politikern ab, die für ihn „widerliche, gescheiterte Existenzen“⁷¹ gewesen sind.

Peter von Oertzen war als junger Mann vom Nationalsozialismus fasziniert und hat „noch bis in die letzten Monate vor dem Ende des Krieges nicht nur an den Endsieg geglaubt, sondern auf den Endsieg auch gehofft, vor allem aufgrund eines tief eingewurzelten Antikommunismus, einer Furcht vor dem Sieg des Bolschewismus“.⁷² Für ihn, der als Siebzehnjähriger eingezogen und Offizier geworden war, war das Kriegsende eine Phase der politischen Orientierung. Er besuchte gemeinsam mit anderen Soldaten in Uniform Parteiveranstaltungen. „Die CDU war ihm ‚sympathisch‘, weil sie ‚eine neue Partei zu sein‘ schien. Zentrum und Freidemokraten sagten ihm nicht zu. SPD und KPD waren ihm zu der Zeit ‚immer noch fremd.“⁷³ Weil er sein Abitur nachholen musste, bereitete er sich bei seiner Stiefmutter ab Dezember 1945 darauf vor und nutzte dafür Bücher aus der Bibliothek seines Vaters. Er las Bücher wie Emil Gumbels „Vier Jahre politischer Mord“, die über den Aufstieg der Nationalsozialisten aufklärten, aber auch die von Siegfried Landshut herausgegebenen Frühschriften von Karl Marx und andere gesellschaftskritische Literatur. Wie Hans-Jochen Vogel war auch Peter von Oertzen von dem Auftreten Kurt Schumachers fasziniert. Er trat der SPD nach seiner Immatrikulation in der Göttinger Universität im November 1946 bei, weil die SPD für ihn die einzige Partei war, die sich sowohl vom Nationalsozialismus als auch vom Kommunismus eindeutig abgegrenzt hatte. Er zählt sich rückblickend bis 1947 zum „rechten Reformflügel. Antimarxistisch und antitraditionalistisch“.⁷⁴ Er entwickelte sich u. a. durch „die Einführung in die Grundlagen des historischen Materialismus durch einen älteren Geschichtsdozenten, Hermann Bollnow“ in den Jahren zwischen 1948 und 1952 zum sozialistischen Linken, der immer auch die Einheit Deutschlands befürwortete.⁷⁵

Für Peter von Oertzen war in der Familientradition neben dem Künstlerberuf, für den man aber „vom lieben Gott persönlich auserwählt sein“⁷⁶ müsse, der Beruf des Professors „der edelste (...) der Welt“.⁷⁷ Dies zeigt, wie wichtig die soziale Herkunft für die Berufswahl ist. Er wurde nach seiner Promotion über den Rechtspositivismus und Habilitation über die Rätedemokratie in Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg im Jahre 1963 Professor an der Technischen Hochschule Hannover zur Vermittlung von Politik „für Studenten technischer

70 Zit. nach Reinhardt: Aufstieg und Krise der SPD, S. 238 f.

71 Zit. nach ebd., S. 240.

72 Lohr, S. 252.

73 Zit. nach Reinhardt: Aufstieg und Krise der SPD, S. 250.

74 Lohr, S. 253.

75 Reinhardt: Aufstieg und Krise der SPD, S. 252 f.

76 Zit. nach ebd., S. 234.

77 Zit. nach ebd.

Fakultäten“.⁷⁸ Er war zuvor mehrfach u. a. aufgrund seines politischen Engagements als SPD-Abgeordneter im niedersächsischen Landtag abgelehnt worden.⁷⁹

Peter von Oertzen war also Wissenschaftler und Politiker, setzte sich entschieden für eine Demokratisierung der Gesellschaft ein und wurde 1970 im SPD-Bezirk Hannover Vorsitzender. Er löste damit Egon Franke ab, der abweichende linke Meinungen nicht zugelassen und den Bezirk autoritär geführt hatte. Unterstützer von Peter von Oertzen waren Jusos, linke und linksliberale Sozialdemokraten sowie Gewerkschafter. Er achtete darauf, keine politische Strömung, auch nicht die unterlegene um Egon Franke, zu unterdrücken und war auf Integration bedacht. Vermutlich blieb er auch deshalb bis 1983 Vorsitzender.⁸⁰

Er wurde 1970 niedersächsischer Kultusminister, setzte sich für eine Reform des Schulwesens (Einführung der Orientierungsstufe) und für eine paritätische Mitbestimmung in den Hochschulgremien ein. Er wollte seine Tätigkeit als Kultusminister nach 1974 jedoch nicht fortsetzen. Er übernahm ab 1973 zunächst zusammen mit Horst Ehmke die Kommission für den Orientierungsrahmen 85.⁸¹ Zwischen 1984 und 1989 war „er als Koordinator der Parteilinken führend“ an der Erstellung des Grundsatzprogramms (Berliner Programm) beteiligt.⁸²

Peter von Oertzen war zwar streng genommen kein Spitzenpolitiker auf Bundesebene. Durch seinen Einfluss war er aber ein führender Repräsentant der SPD-Linken, für die er sich u. a. auch im Frankfurter Kreis (ab 1970) engagierte, deren Vorläufer sich bereits in den 1960er Jahren trafen und zu denen er ebenfalls zählte.⁸³ Er war in der Praxis Reformsozialist und ideell Räte-sozialist,⁸⁴ der sich „mit der Idee des Demokratischen Sozialismus“⁸⁵ identifizierte. Er trat aus der SPD u. a. aus Enttäuschung über ihre Wirtschafts-, Sozial- und Bildungspolitik aus und der WASG 2005 bei, die er 2006 verließ, weil er die sich abzeichnende Fusion mit der aus seiner Sicht kommunistischen Apparatepartei PDS ablehnte.⁸⁶

Zu seinen Freunden und Bündnispartnern zählten so unterschiedliche Personen wie Ernest Mandel und Hans-Jochen Vogel, deren politische Spannweite „seinen Konsens- und Reformkurs symbolisierte“.⁸⁷ Auch traditionellen Sozialdemokraten wie Anke Fuchs hielt er zu Gute, dass sie sich nicht angepasst hatten und sich treu blieben.⁸⁸

Anke Fuchs (geb. 1937) stammt aus einer Hamburger Arbeiterfamilie. Der Großvater väterlicherseits war ungelernter Brauereiarbeiter. Ihre Großmutter war Lehrertochter. Ihr Vater war Paul Nevermann, der sich „vom Maschinenschlosser zum promovierten Juristen“

78 Lohr, S. 259.

79 Reinhardt: Aufstieg und Krise der SPD, S. 270.

80 Ausführlich dazu siehe ebd., S. 271–275.

81 Ebd., S. 278.

82 Ebd., S. 279.

83 Ebd., S. 77 f.

84 Ebd., S. 282.

85 Zit. nach ebd., S. 245.

86 Ebd., S. 281.

87 Ebd., S. 282. Ernest Mandel (1923–1995) war Professor für Politikwissenschaft an der Vrije Universiteit Brussel und belgischer Trotzkist.

88 Ebd., S. 280.

qualifizierte, „weil ihm der erste Arbeiterabiturientenkurs in Deutschland diese Möglichkeit eröffnete. Er wurde Assessor im Hamburger Arbeitsamt, Stadtverordneter und ehrenamtlicher Senator von Altona. Er weigerte sich, der NSDAP beizutreten, nachdem er bereits kurz nach seiner 1933 erfolgten Wahl zum ehrenamtlichen Senator von Altona von den Nationalsozialisten abgesetzt worden war. Er verlor deshalb seine Stellung und arbeitete als freier Rechtsanwalt. Nach dem Attentat auf Hitler am 20.7.1944 wurde Nevermann verhaftet und in das KZ Fuhlsbüttel eingeliefert.“⁸⁹ Für Anke Fuchs und ihre Familie war die Kapitulation eine Befreiung. Nach 1945 wurde ihr Vater u. a. Bausenator und Erster Bürgermeister von Hamburg.⁹⁰

„Der Großvater mütterlicherseits war Maler- und Tischlermeister, später Haushandwerker bei Oetker.“⁹¹ Ihre Mutter hatte einen Volksschulabschluss. Sie wurde Verkäuferin in einem Betrieb in Hamburg und leitete später eine Filiale. Sie war sehr bildungshungrig und wartete daher mit ihrer Schwangerschaft. Später durfte sie aufgrund des Arbeitsverbots für Frauen während der nationalsozialistischen Diktatur nicht arbeiten. Nach 1945 zählte sie zu den Gründern des SPD-Ortsvereins in Hamburg-Blankenese.⁹²

Auch Anke Fuchs engagierte sich bereits als Kind und Jugendliche für die Falken und Jusos. Sie und ihre Brüder wurden gleichberechtigt erzogen. Ganz in diesem Sinne wurde sie von ihren Eltern darin bestärkt, Jura zu studieren. Sie wurde Referentin für Arbeitsrecht und Sozialpolitik beim DGB-Bezirk Nordmark, Bezirkssekretärin der IG-Metall-Bezirksleitung Hamburg und Mitglied des geschäftsführenden Vorstands der IG Metall. Sie setzte sich vor allem für die Gleichberechtigung von Frauen in der Tarif- und Sozialpolitik, aber auch für die Fristenlösung im Abtreibungsrecht ein, für die sie als Mitglied der Hamburger Bürgerschaft ihre erste Rede hielt. Sie wurde verbeamtete Staatssekretärin im Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, Kölner Bundestagsabgeordnete und Bundesministerin für Jugend, Familie und Gesundheit. Sie selbst bezeichnet sich als Gewerkschafterin in der SPD und ist dieser Tradition treu geblieben. Sie zählte zwar zum *rechten* Flügel der Gewerkschaften und der SPD (Seeheimerin) und war entschieden gegen systemüberwindende Vorstellungen. Sie sprach sich als Bundesgeschäftsführerin der SPD (1987–91) deutlich gegen eine Zusammenarbeit mit der PDS aus. Sie zweifelte aber an der monetaristisch-neoliberalen Politik, wie sie bereits vom Finanzminister Theo Waigel (CSU) und auch von der Regierung Schröder vertreten wurde, die die Agenda 2010 verabschiedete.⁹³

Hans Koschnick (geb. 1929) stammt aus einer Bremer Arbeiterfamilie, die zu Arbeiterintellektuellen aufgestiegen ist. Der Vater von Hans Koschnick war Dreher und „trat am Ende seiner Ausbildung dem Spartakusbund, einem Vorläufer der Kommunistischen Partei, bei und war für Jugendarbeit erst in Preußen und später in Süddeutschland zuständig. Nach dieser Tätigkeit war er Redakteur der Arbeiter-Zeitung und Sekretär für Gewerkschaftsfrä-

89 Ebd., S. 283.

90 Ebd., S. 286.

91 Ebd.; siehe auch Anke Fuchs: In die Führungsspitze der Partei, in: Renate Lepsius (Hg.): Frauenpolitik als Beruf. Gespräche mit SPD-Parlamentarierinnen, Hamburg 1987, S. 237.

92 Ausführlich dazu Reinhardt: Aufstieg und Krise der SPD, S. 283–288.

93 Ausführlich dazu siehe ebd., S. 291–302.

gen der Kommunistischen Partei in Bremen. Aus dieser Funktion musste er ‚wegen nicht hinreichender Linientreue‘ ausscheiden.“⁹⁴ Er war kurzzeitig arbeitslos, wurde dann aber Gewerkschaftssekretär der Revolutionären Gewerkschafts-Opposition (RGO). Er wurde 1933 wegen verschiedener Aktivitäten von der Gestapo verhaftet und erst 1938 wieder aus dem KZ Sachsenhausen entlassen. Auch die Mutter von Hans Koschnick „war als Kurier zwischen Untergrundgruppen in Berlin und Hamburg tätig und wurde deswegen 1934 verhaftet“.⁹⁵ Deshalb wuchs er bei seinen Großeltern mütterlicherseits auf. Der Großvater „war Kriegsveteran des Ersten Weltkriegs und später Maurer“.⁹⁶ Er war ehrenamtlicher Vorsitzender des Deutschen Bauarbeiterverbandes und Mitglied der USPD.⁹⁷ Seine Eltern brachen mit der Kommunistischen Partei und der RGO, nachdem Freunde, die in die Sowjetunion geflohen waren, nach dem Hitler-Stalin-Pakt 1939 an die Gestapo ausgeliefert worden waren.⁹⁸

Hans Koschnick besuchte zwar das Jungvolk und die Hitlerjugend, weil die Teilnahme verpflichtend war. Er trug aber aus finanziellen und vor allem auch politischen Gründen keine Uniform, weil seine Eltern dies so wollten. Nach 1945 absolvierte er eine Ausbildung für den gehobenen Dienst mit der 1. und 2. Verwaltungsprüfung. Auf Rat seiner Mutter engagierte er sich gewerkschaftlich, wurde später – nun entgegen dem Rat seiner aufgrund ihrer Erfahrungen parteiskeptisch eingestellten Mutter – SPD-Mitglied und arbeitete als Jugendsekretär für die Gewerkschaft ÖTV Bremen. Später wurde er Verwaltungsbeamter und Mitglied der Bremischen Bürgerschaft, bis er Senator und später Präsident des Senats der Freien Hansestadt Bremen wurde.⁹⁹ Sein Vater, der im Zweiten Weltkrieg fiel, hatte ihm bei seinem letzten Fronturlaub geraten, nicht erst „hinter Gittern (...) wieder klug“¹⁰⁰ zu werden, sondern vorher zu versuchen, die Dinge gemeinsam zu lösen, bevor „extreme Kräfte von beiden Seiten kommen“.¹⁰¹ Die Erziehung seiner Eltern und Großeltern mütterlicherseits war geprägt durch den Wert der „praktische(n) Solidarität“.¹⁰² Hans Koschnick entwickelte sich von einem Sozialisten, der die Interessen der Arbeiter entschieden vertreten wollte, zu einem integrativen kommunitaristischen Sozialdemokraten in der Tradition der Bremer Koalition aus Arbeitern und Kaufmannschaft.¹⁰³

Hermann Rappe (geb. 1929) stammt aus einer Mündener Arbeiterfamilie mit einer Tradition von Arbeiterbeamten und -funktionären. Seine Großeltern „waren Mitbegründer der Mündener SPD, des Bauvereins und der Konsumgenossenschaft“.¹⁰⁴ Sein Vater war „Metall-

94 Ebd., S. 304.

95 Ebd., S. 305.

96 Ebd., S. 304.

97 Ebd., S. 307.

98 Ebd., S. 308.

99 Ausführlich dazu siehe 309–331.

100 Zit. nach ebd., S. 333.

101 Ebd., S. 310.

102 Ebd., S. 306.

103 Ausführlich dazu siehe 319–331.

104 Ebd., S. 337.

arbeiter bei der Firma Haendler & Natermann“. „Auch die Mutter war bis zur Geburt der Kinder Fabrikarbeiterin.“¹⁰⁵

Hermann Rappe weigerte sich nicht nur, am Jungvolk und HJ-Dienst teilzunehmen, weshalb er „meistens geholt“¹⁰⁶ wurde, sondern auch, einem 1944 erfolgten „Stellungsbefehl für die Jugendlichen des Jahrgangs 1929 als letztes Aufgebot Adolf Hitlers“ zu folgen. Er wurde deshalb mehrfach zu Veranstaltungen „eingeladen“, um mit Argumenten und Schlägen umgestimmt zu werden. Er weigerte sich indes so lange erfolgreich, bis ihm weiterreichende Folgen angedroht wurden, konnte aber fliehen, weil die Amerikaner sich bereits Hannoversch-Münden näherten.¹⁰⁷

Für Hermann Rappe war das Kriegsende eine Befreiung, weil seine Verwandten aus Zuchthäusern entlassen wurden und politisch wieder tätig werden konnten. Er wurde ehrenamtlicher Verbindungsmann für den englischen Besatzungskommandanten zur „demokratische(n) Umerziehung der Jugend“¹⁰⁸ und Prüfung der Gründung von Jugendgruppen. Er engagierte sich früh für die Falken und für den Kreisjugendring. Er war Falken-Vorsitzender von Hannoversch-Münden, als der damalige Vorsitzende der Berliner Falken „bei einem Besuch 1947 festgenommen wurde“, woraufhin Hermann Rappe die FDJ aufforderte, „sich von der Verhaftung zu distanzieren“ und drohte, sie ansonsten aus dem Kreisjugendring auszuschließen, was dann durch den Kreisjugendring Hannoversch-Münden als erstem Verband auch erfolgte.¹⁰⁹

Auch sein Einstieg als Jugendgewerkschaftssekretär der IG Chemie-Papier-Keramik (IG CPK) war unmittelbar verbunden mit einer Auseinandersetzung über eine kommunistische Unterwanderung. Er sagte zu, dieser Unterwanderung entgegenzuwirken. Nach einem stufenweisen Aufstieg wurde er Vorsitzender der IG CPK sowie Bundestagsabgeordneter für die SPD. Während er bis in die 1960er Jahre noch eine Restaurationspolitik durch die CDU als reale Gefahr sah und Sozialisierungen forderte, wandelte er sich spätestens mit der Regierungsbeteiligung ebenso wie die Mehrheit der IG CPK zu einem überzeugten Reformier, der sich entschieden für Kompromisse einsetzte und radikale Forderungen ablehnte. So war er Seeheimer und ein überzeugter Gegner der Grünen, deren radikaldemokratische Vorstellungen er kritisierte. Für ihn war die deutsche Einheit eine Herzensangelegenheit, weshalb er 1989/90 eine Zweistaatenlösung vehement ablehnte.¹¹⁰

Ernst Breit (geb. 1924) stammt aus Dithmarschen. Sein Vater war selbstständiger Werkzeugmachermeister in Saarbrücken, floh aber, weil die französische Besatzung ihn nach seiner Kritik aufforderte, das Saarland zu verlassen. Er war Mitglied der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) und ab 1933 der SA-Reserve. Er arbeitete dann bei der „Firma Köster

105 Gabriele Stief: Hermann Rappe, in: dies. unter Mitarbeit von Hartmut Contenius: Nur wer mitgestaltet, überlebt. Gewerkschaft als Motor, Berlin 2005, S. 15.

106 Zit. nach Reinhardt: Aufstieg und Krise der SPD, S. 339.

107 Ebd.

108 Zit. nach ebd., S. 340.

109 Ebd., S. 342.

110 Ausführlich dazu siehe ebd., S. 341–360.

vormals JM Voss¹¹¹ und bildete Lehrlinge aus. Er starb an einer dritten Lungenentzündung im Alter von 64 Jahren.

Seine Mutter, Tochter eines Landarbeiters, „war ungelernnt, Hausfrau, hatte als Magd bei Bauern gearbeitet“.¹¹² Später war sie für deren Kinder tätig, die „beispielsweise als Ärzte in Hamburg, Hannover oder vor dem Wohnortwechsel in Saarbrücken praktizierten“.¹¹³ Ernst Breit war technikbegeistert und wollte Kapitän werden. Da sein Vater aber wollte, dass er die Schule beendete, konnte er eine Ausbildung an der Seemannsschule nicht absolvieren. Später wollte er Flugzeugführer werden, wurde aber Postinspektoranwärter, der Qualifikation nach auf dem „Level“¹¹⁴ seines Vaters. Ernst Breit hatte am Nationalsozialismus keine Zweifel und besuchte gern die Heimatstunden des Jungvolkes. Er wurde eingezogen und stieg zum Offizier auf.

Ernst Breit war nach 1945 ein Parteienskeptiker, der erst spät einer Partei beitrug. Er fand zur Gewerkschaft, weil die außerplanmäßige Prüfung zum Postinspektor während des Krieges nicht anerkannt wurde und die Betriebsrätin „Unterstützung versprach und den Eintritt in die Postgewerkschaft empfahl, um auch von der Bezirksverwaltung der Postgewerkschaft Unterstützung zu erhalten“.¹¹⁵ Er trat der SPD 1956 bei, „nachdem er sich jahrelang als ehrenamtlicher Betriebsrat engagiert hatte“. Ihm waren in der Gewerkschaftsarbeit gerade „praktische Fragen wie die Beschaffung von Material“ wichtig, mit denen er sich auch noch auseinandersetzte, als er als Stellenvorsteher zur Arbeitgeberseite zählte.¹¹⁶

Ernst Breit war seiner Funktion nach zwar kein Spitzenpolitiker. Sein Lebensweg als Spitzengewerkschafter (Vorsitzender der Postgewerkschaft und des DGB) trotz eines SPD-distanzierten familialen Hintergrunds soll zur Abgrenzung der Lebenswege anderer Spitzengewerkschafter in der SPD wie Anke Fuchs und Hermann Rappe dienen.

Inge Wettig-Danielmeier (geb. 1936) stammt aus einem calvinistischen Haushalt. Ihr Großvater mütterlicherseits war „Rangiermeister/Stellwerksleiter“.¹¹⁷ Die Großmutter war Hausfrau. Ihre Mutter war „zunächst im erlernten Beruf als Einkäuferin und Verkäuferin in einem Konfektionsgeschäft tätig. Sie gab aber ihre Arbeit wieder auf, weil sie jeden hinzuerdienten Pfennig aufgrund der dann ausbezahlten Kriegshinterbliebenenrente wieder abgeben musste und so keine Betreuung ihrer beiden Kinder organisieren konnte.“¹¹⁸

Der Vater war gelernter Maurer, bildete sich aber zum Bauingenieur weiter, als er Anfang der 1930er Jahre arbeitslos geworden war. Er war einfacher Soldat und wurde vermisst.¹¹⁹

111 Zit. nach ebd., S. 361.

112 Ebd., S. 361 f.

113 Ebd., S. 362.

114 Zit. nach ebd., S. 363.

115 Ebd., S. 366.

116 Ebd., S. 380.

117 Helga Grebing: Inge Wettig-Danielmeier. Eine Bilanz nach mehr als vierzig Jahren Politik als Beruf, in: Helga Grebing/Karin Junker (Hg.): *Frau. Macht. Zukunft*. Festschrift für Inge Wettig-Danielmeier, Marburg 2001, S. 15.

118 Reinhardt: *Aufstieg und Krise der SPD*, S. 382 f.

119 Ebd., S. 382.

Ihre Eltern waren keine Anhänger des Nationalsozialismus, ihr Vater „galt als Soldat eher als so genannter ‚Querulant‘“.¹²⁰

Inge Wettig-Danielmeier wurde sehr freiheitlich und selbstbestimmt erzogen. Sie ärgerte sich als Schülerin über die Benachteiligung von Mädchen in der Schule, die in Mathematik nicht angemessen unterrichtet wurden und stattdessen Handarbeit machten. Sie konnte das Gymnasium anders als ihr jüngerer Bruder nicht besuchen, weil ihre Mutter das Schulgeld nicht finanzieren konnte. Inge Wettig-Danielmeier absolvierte die Mittelschule, die Höhere Handelsschule und die Dolmetscherschule und arbeitete als Dolmetscherin. Sie entschied sich, das Abitur nachzuholen und besuchte das Propädeutikum in Wilhelmshaven, um später Lehrerin zu werden. Die Hochschulkultur in Wilhelmshaven war sehr politisch, auch hinsichtlich des Organisationsgrads der Studierenden. Sie studierte in den USA und später in Göttingen, nachdem die Hochschule Wilhelmshaven nach Göttingen verlegt worden war. Sie arbeitete nach ihrem Diplom (Sozialwirtin) u. a. als wissenschaftliche Hilfskraft und Assistentin am Seminar für die Wissenschaft von der Politik in Göttingen und wurde Kreistagsabgeordnete. Der SPD trat sie in der Zeit der Organisationsreformen nach dem Stuttgarter Parteitag 1958 bei.¹²¹

Ihr zentrales Thema war die Bildungspolitik, vor allem die Einführung von Gesamtschulen, aber auch die Hochschulpolitik. Eigentlich beabsichtigte sie, ihre akademische Laufbahn fortzusetzen, rückte aber nach dem Ausscheiden eines Abgeordneten in den Landtag nach, auch weil ansonsten ihre „Forderung nach der Kandidatur einer Frau (...) unglaublich erschienen wäre, zumal nur eine Frau Mitglied der SPD-Landtagsfraktion war“.¹²²

Inge Wettig-Danielmeier musste sich mehrfach gegen Vorurteile von Männern durchsetzen, vertrat ihre Positionen mit Selbstbewusstsein und ordnete sich nicht unter. Neben der Bildungspolitik setzte sie sich auch mit der Frauenpolitik auseinander, vor allem in ihrer Zeit als Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen. Ihr gelang es, gegen erheblichen Widerstand die Frauenquote in der SPD einzuführen und das Berliner Programm aus frauenpolitischer Sicht wesentlich mitzugestalten. Ihre Zeit als Schatzmeisterin der SPD war ihr Karrierehöhepunkt, den sie nutzte, um die SPD finanziell und organisatorisch zu reformieren.¹²³

120 Ebd., S. 413.

121 Ausführlich dazu siehe ebd., S. 390–394.

122 Ebd., S. 395.

123 Ausführlich dazu siehe ebd., S. 390–414.

Ausgewählte Ergebnisse: jüngere Generation

Thomas Oppermann¹²⁴ (geb. 1954) „stammt aus einem Müllerhaushalt“.¹²⁵ Sein Vater war Vollwaise und wuchs bei Verwandten auf. Er wurde „Betriebsleiter einer größeren Molkerei“¹²⁶ und später „Direktor einer genossenschaftlichen Molkerei“.¹²⁷ In der Kindheit von Thomas Oppermann „stand immer eine drohende Fusion mit anderen Molkereien im Raum“,¹²⁸ die einen Ortswechsel hätte nach sich ziehen können.

Sein Vater war Obergefreiter und Mitglied der NSDAP, worüber beide gestritten haben, insbesondere als Thomas Oppermann sich „entschloss, den Kriegsdienst an der Waffe zu verweigern“.¹²⁹ Beide haben sich aber „zu keiner Zeit“¹³⁰ überworfen. Seine Mutter stammt aus einer alteingesessenen Bauernfamilie. Sie nähte Kleider für Nachbarn und übernahm das Management des Betriebes, wenn ihr Mann krank war. Der Vater war Autodidakt und vererbte Thomas Oppermann einen Bildungseifer, zumal in der Familie „die Losung“¹³¹ galt, dass „mindestens einer (...) das Abitur machen“¹³² soll.

Es war Thomas Oppermann, der das Abitur machte und zwei Semester Germanistik und Anglistik auf Lehramt studierte. Abschließend absolvierte er seinen Zivildienst bei der US-amerikanischen Wanderarbeitergewerkschaft United Farm Workers (UFW) als Freiwilliger für Aktion Sühnezeichen Friedensdienste, für die er sich bereits während seiner Schulzeit interessiert hat, in der sie auch über die Kriegsdienstverweigerung diskutierten.

Ihn hat das „Klima von 1968 doch stark politisch geprägt“,¹³³ also auch schon während seiner Schulzeit. Während er sich zur Zeit seines Lehramtsstudiums in Basisinitiativen engagierte, faszinierte ihn in den USA der „Ideenreichtum“¹³⁴ und „Pragmatismus“.¹³⁵ Nach seiner Rückkehr studierte er Jura in Göttingen, nachdem für ihn linke Richter und Anwälte in den USA und Deutschland wie z. B. Otto Schily und Kurt Groenewold Vorbilder geworden waren. Er engagierte sich für die Antirevisionisten bei den Jusos, zunächst noch parteilos, und entwickelte sich nach und nach in seiner Zeit als SPD-Landtagsabgeordneter zu einem linksliberalen und als Minister für Wissenschaft und Kultur zu einem neoliberalen Politiker, der Ökonomisierung und klare Führungsstrukturen in Hochschulen befürwortete

124 Thomas Oppermann war zwar als Landtagsabgeordneter per Definition zum Zeitpunkt des Interviews kein Spitzenpolitiker auf der Bundesebene. Er war aber zuvor bereits niedersächsischer Wissenschaftsminister (1998–2003). Da er zum engeren Kreis um Schröder in Niedersachsen zählte, war absehbar, dass er zum Spitzenpolitiker aufsteigen würde.

125 Ebd., S. 415.

126 Zit. nach ebd.

127 Zit. nach ebd.

128 Zit. nach ebd.

129 Zit. nach ebd., S. 418.

130 Zit. nach ebd.

131 Zit. nach ebd., S. 417.

132 Zit. nach ebd.

133 Zit. nach ebd., S. 419.

134 Zit. nach ebd., S. 423.

135 Zit. nach ebd.

und durchsetzte. Er näherte sich so stärker der Position seines Vaters an, der sich seinerseits in seinen Einstellungen modernisiert hatte.

Brigitte Zypries (geb. 1953) stammt aus einer Einzelhändlerfamilie. Ihre Eltern führten ein Einzelhandelsgeschäft, das väterlicherseits bereits traditionell generationenübergreifend geführt wurde. Ein zentrales Anliegen war die „Werterhaltung“ ganz im Sinne des „ehrbaren Kaufmanns“. ¹³⁶ Das Haus musste sauber gehalten werden. Brigitte Zypries hat in Diskussionen mit ihrem Vater, „der eher CDU- oder FDP-Wähler war“, ¹³⁷ „auch immer wider den Stachel gelockt“. ¹³⁸

Sie interessierte sich in ihrer Schulzeit für Philosophen wie Locke, Hobbes und Montesquieu und engagierte sich für praktische Fragen in der Schülermitverwaltung und später bei den Jusos. Für sie war die Liberalisierung der Gesellschaft das zentrale Thema. Damals bewunderte sie Rudi Dutschke und andere, die konservative Strukturen deutlich kritisierten und für weitgehende Reformen, zum Teil auch für systemüberwindende Positionen eintraten, für ihr politisches Engagement. Sie studierte Jura an der Reformfakultät der Universität Gießen und arbeitete als wissenschaftliche Mitarbeiterin, erst an der Universität und später im Ersten Senat des Bundesverfassungsgerichts. Zypries absolvierte eine typische (Spitzen-) Beamtenlaufbahn, begann als Referentin in der hessischen Staatskanzlei. Später wurde sie Referatsleiterin und Abteilungsleiterin in der niedersächsischen Staatskanzlei. Sie war Staatssekretärin im Sozialministerium in Niedersachsen und später im Bundesinnenministerium. Erst 2002 wurde sie Bundesjustizministerin und 2005 Bundestagsabgeordnete. Ämter in der SPD standen für sie nie im Vordergrund ihrer Tätigkeit und sie musste sich auch erst spät ihren Wählern direkt verantworten.

Olaf Scholz (geb. 1958) stammt aus einer Altonaer Familie. Seine Großväter waren Altonaer Eisenbahnbeamte, seine Eltern Angestellte in der Textilwirtschaft. Sein Vater stieg später zum Manager in der Textilwirtschaft auf.

Olaf Scholz studierte Jura und wurde Rechtsanwalt. Für ihn ist Loyalität ein wesentlicher Habituszug. Dies wird zum Beispiel deutlich, wenn er begründet, warum er sich für die Mehrheitsströmung der Jusos in Hamburg, die Stamokaps, engagierte („*cuius regio, eius religio*“), die zum linken Flügel der Jusos zählten und für eine Systemüberwindung gekämpft haben, da der Staat Bündnispartner des monopolistischen Kapitalismus sei. ¹³⁹ Olaf Scholz wurde stellvertretender Bundesvorsitzender der Jusos und später Bundestagsabgeordneter, SPD-Generalsekretär, Bundessozialminister und Erster Bürgermeister von Hamburg. Als Generalsekretär stützte er den Kurs von Gerhard Schröder, sich von der Umverteilungsungerechtigkeit zu verabschieden und stattdessen eine Politik nach dem Motto „Aufstieg durch Bildung“ zu fördern, die für ihn wesentlich war, um selbst Karriere machen zu können. ¹⁴⁰

136 Ebd., S. 438.

137 Zit. nach ebd., S. 440.

138 Zit. nach ebd.

139 Ausführlich zu den Positionen der Stamokaps siehe Dieter Stephan: *Jungsozialisten. Stabilisierung nach langer Krisen? Theorie und Politik 1969–1979. Eine Bilanz*, Bonn 1979, S. 38.

140 Ausführlich zu Olaf Scholz siehe Reinhardt: *Aufstieg und Krise der SPD*, S. 450–454.

Sigmar Gabriel (geb. 1959) stammt väterlicherseits aus einem autoritär-kleinbürgerlichen Milieu. Seine Großmutter lebte erst auf einem Bauernhof in Schlesien und war dann Hausfrau. Sein Vater war Beamter im mittleren Dienst und schied im gehobenen Dienst im Landkreis Storman aus. Sigmar Gabriel wuchs ab dem Alter von drei Jahren bei seiner Großmutter bis zur endgültigen Klärung des Sorgerechts auf. Der Vater lebte auch dort, auch wenn er formal eine eigene Wohnung hatte. Die Erziehung seines Vaters war autoritär. Ein Wert der Erziehung war die Heimatorientierung. Er war schlesischen Ursprungs und nahm Sigmar Gabriel auf Schlesiertreffen mit.¹⁴¹

Sein Großvater väterlicherseits war bei einem Müller in Ostpreußen Knecht. Seine Großmutter „war Hausfrau und für die Subsistenzwirtschaft (...) verantwortlich“.¹⁴²

Sigmar Gabriel wuchs ab seinem 10. Lebensjahr nach der Entscheidung des Landgerichts bei seiner Mutter auf, die ihn weitaus liberaler erzog, womit er erst einmal umzugehen lernen musste. Sie half ihm dabei, seinen Tagesablauf zu strukturieren. Sie selbst war Krankenschwester und stieg zur Stationsschwester einer Intensivstation auf.¹⁴³ Sie war zudem Personalrätin und kümmerte sich um ihre Kollegen. Eine typische Gewerkschaftsfunktionärin ist sie nicht gewesen, so Sigmar Gabriel.¹⁴⁴

Seine Schulleistungen wurden nach dem Wohnortwechsel zu seiner Mutter deutlich besser als in den Jahren zuvor. Er engagierte sich bei den Falken, nachdem ihn ein Mitschüler „zur Gründung einer *Falken*-Gruppe“¹⁴⁵ mitgenommen hatte. Er wurde Vorsitzender des Bezirks Braunschweig und war für zwei, drei Angestellte zuständig sowie für die Durchführung und Finanzierung von Zeltlagern, insgesamt für einen Haushalt „von etwa einer Million Mark im Jahr“¹⁴⁶ und für den Umgang mit Behörden. Für ihn war diese Ausbildung „eine zweite Sozialisierung“.¹⁴⁷

Sigmar Gabriel stand gemeinsam mit anderen Falken „zur SPD eher in so einer kritischen Distanz“.¹⁴⁸ Er wollte sich beispielsweise für die Kommunalwahl 1981 nicht als „Feigenblatt“¹⁴⁹ missbrauchen lassen und kandidierte deshalb nicht. Er kritisierte den Wahlkampf des SPD-Kandidaten für die Landtagswahl in Niedersachsen 1986. In diesem Kontext vertrat er die Meinung, dass die Wahl in Goslar mit einem anderen Wahlkampf hätte gewonnen werden können, und wollte für die nächste Landtagswahl kandidieren. Er trat bei der Kommunalwahl 1986 an und rückte 1987 in den Kreistag nach. Bei den Vorwahlen in Goslar für die Landtagswahl 1990 setzte er sich gegen zwei andere Kandidaten durch und gewann auch den Wahlkreis.¹⁵⁰

141 Ebd., S. 455 f.

142 Ebd., S. 456.

143 Ebd., S. 456.

144 Ebd., S. 460 f.

145 Ebd., S. 466.

146 Ebd., S. 467.

147 Zit. nach ebd.

148 Zit. nach ebd., S. 468.

149 Zit. nach ebd.

150 Ausführlich dazu siehe ebd., S. 468 f.

Sigmar Gabriel, der in seiner Zeit bei den Falken noch zum linken Flügel der SPD zählte, wandelte sich nach und nach in seiner Zeit als Landtagsabgeordneter, Vorsitzender der SPD-Fraktion im niedersächsischen Landtag und niedersächsischer Ministerpräsident mit seinem Vorbild Gerhard Schröder zu einem wirtschaftsliberalen Sozialdemokraten, der die Agenda 2010 unterstützte und zunehmend anstelle einer Umverteilungsgerechtigkeit Chancengerechtigkeit im Bildungssystem einforderte. Er ist aber gleichzeitig jemand, der sich auch an Willy Brandt und dessen Integrationskurs sowie dessen Visionen orientiert. Auch deshalb ist er gegen eine Abkehr von der Verteilungsgerechtigkeit, wenngleich er ihr einseitiges Verständnis kritisiert.¹⁵¹ Außerdem orientiert er sich, zumindest verbal, an den steuerfinanzierten Sozialsystemen in Skandinavien.¹⁵²

Frank-Walter Steinmeier (geb. 1956) stammt aus dem Landkreis Lippe, einem der ärmeren, wenn auch nicht ärmsten Landesteile von Nordrhein-Westfalen. Sein Großvater väterlicherseits besaß „eine kleine Nebenerwerbslandwirtschaft“. Im Sommer arbeitete er als Ziegler. Die Großmutter väterlicherseits war mithelfende Familienangehörige und im Sommer für die Nebenerwerbslandwirtschaft hauptverantwortlich. Auch der Vater bearbeitete mit seinen Geschwistern und der Mutter den Hof, später wurde er Tischler.¹⁵³

„Der Großvater väterlicherseits war Schneider.“¹⁵⁴ Seine Mutter hatte keine Berufsausbildung und holte diese nach dem Krieg auch nicht nach, hat aber im Forst und in einer Pinselfabrik gearbeitet. Sie war Vertriebene aus Schlesien, hatte aber keine revanchistischen Einstellungen. Bis in die 1960er Jahre haben aus Sicht von Frank-Walter Steinmeier die traditionellen Aufstiegswege in den Betrieben noch funktioniert, bis an ihre Stelle die Bildung getreten sei, die auch für ihn wichtig wurde. Seine Eltern bestärkten ihn darin, nach dem vierten Schuljahr das Gymnasium zu besuchen.¹⁵⁵

Für Steinmeier war der sozialarbeiterische Ansatz seines Grundschullehrers vorbildlich, der sich auch um die Jugendarbeit der evangelisch-reformierten Kirche in der Region kümmerte. Anders als seine Eltern, die sich nicht parteipolitisch aber in Vereinen engagierten, wurde er 1975 bei den Jusos in Brakelsiek aktiv, und zwar bei den Stamokaps, der Mehrheitsrichtung in Ost-Westfalen. Er interessierte sich für Autoren wie Gramsci und Poulantzas, aber auch für hochschulpolitische Themen und organisierte während seines Jura-Studiums an der Universität Gießen Vorlesungsreihen. Helmut Ridder war der entscheidende Professor, der ihn beeinflusste.¹⁵⁶ Steinmeier wurde mit einer Arbeit über Obdachlosigkeit promoviert; er forderte ein Recht auf Wohnraum.¹⁵⁷

151 Ausführlich dazu siehe ebd., S. 466–473.

152 Sigmar Gabriel: *Links neu denken. Politik für die Mehrheit*, München 2008, S. 307.

153 Reinhardt: *Aufstieg und Krise der SPD*, S. 478.

154 Zit. nach ebd.

155 Ausführlich dazu siehe ebd., S. 478 f.

156 Ausführlich dazu siehe ebd., S. 480–487.

157 Die Literaturangabe zu seiner Dissertation ist wie folgt: Frank-Walter Steinmeier: *Bürger ohne Obdach. Zwischen Pflicht zur Unterkunft und Recht auf Wohnraum. Tradition und Perspektiven zur Verhinderung und Beseitigung von Obdachlosigkeit*, Bielefeld 1991.

Steinmeier schrieb für die Zeitschrift „Demokratie und Recht“, die aufgrund ihrer Positionen im Kampf gegen Berufsverbote vom Verfassungsschutz beobachtet wurde. Sie war auch von Kommunisten unterwandert, weshalb Helmut Ridder und andere, auch Steinmeier, die Redaktion verließen.¹⁵⁸ Steinmeier habilitierte nicht, obwohl er das Angebot erhielt. Zunächst arbeitete er in der niedersächsischen Staatskanzlei unter Gerhard Schröder. In der Folge stieg er nach und nach zum Staatssekretär auf, später wurde er Kanzleramtsminister. Er wandelte sich mit Schröder von einem Sympathisanten sozialistischer Positionen zu einem wirtschaftsliberalen Sozialdemokraten, der für die Agenda 2010 maßgeblich verantwortlich war.¹⁵⁹

Andrea Nahles (geb. 1970) stammt aus „einem kleinen Dorf mit vierhundert Einwohnern in der Eifel“, wo sie mit ihren Eltern und Großeltern mütterlicherseits in einem Haus wohnte.¹⁶⁰ Ihr Großvater väterlicherseits war gelernter Anstreicher und „Bergmann im Schieferbergwerk bei der Firma Pattscheck in Mayen“¹⁶¹ und verstarb im Alter von 74 Jahren an einer Staublung.

Ihr Vater war Maurermeister und „45 Jahre bei derselben Firma“¹⁶² beschäftigt. Ihre Mutter war Absolventin der Realschule und Angestellte im Finanzamt, was für die dörfliche Region ungewöhnlich war. Sie arbeitete auch nach dem Tod ihrer Mutter, dann aber nur noch halbtags. Es hat aus Sicht von Andrea Nahles keine „starre Mann-Frau-Dominanz“¹⁶³ gegeben. Ihre Familie war katholisch, praktizierte Sozialethik war selbstverständlich. Ihr Großvater mütterlicherseits war Mitglied der NSDAP, worüber er auch offen sprach, seine Mitgliedschaft jedoch nicht verteidigte, sondern sich eher dafür schämte. Er riet Andrea Nahles auch davon ab, einer Partei beizutreten, was sie aber nicht davon abhielt, in die SPD einzutreten, nachdem sie sich in einer Bürgerinitiative gegen eine Sondermüllverbrennungsanlage Mitte der 1980er Jahre engagiert hatte und sie mit Hilfe der SPD verhindern wollte, was im Stadtrat auch gelang. Sie hatte sich für die SPD u. a. aufgrund der Erfahrungen ihres Vaters mit der Sozialpolitik in den 1980er Jahren und ihrer Frauenpolitik entschieden. Ihre entscheidenden Themen waren Arbeit, Ausbildung und Soziales. Sie wurde u. a. Landesvorsitzende der Jusos in Rheinland-Pfalz und Bundesvorsitzende als Integrationskandidatin, da sie keiner Strömung der zerstrittenen Jusos zuzurechnen war. Später wurde sie auch Bundestagsabgeordnete und Gründungsvorsitzende des Forums Demokratische Linke 21, dem Nachfolger des Frankfurter Kreises, und führende Politikerin der SPD-Linken, weshalb sie auch später Generalsekretärin der SPD wurde, um die Flügel zu integrieren.¹⁶⁴

158 Günter Platzdasch: Steinmeiers Jugend. Was nicht zusammengehört, in: FAZ.NET 25.9.2008 <www.faz.net/s/RubD5CB2DA48tCo4Do5AA47tFA8847tAEFo/Doc-E3467058A6E3C44A2A187DA139B9DF4A8-ATpl-Ecommon-Scontent.html>.

159 Ausführlich dazu siehe Reinhardt: Aufstieg und Krise der SPD, S. 481–495.

160 Ebd., S. 496.

161 Zit. nach ebd.

162 Zit. nach ebd.

163 Zit. nach ebd.

164 Ausführlich dazu siehe ebd., S. 500–510.

Vergleich der Fallstudien

Der Vergleich der Fallstudien zeigt, dass vor allem SPD-Spitzenpolitiker der älteren Generation als Lehre aus der Vergangenheit daran interessiert waren, die *Versäulung* von parteipolitischen Lagern und Alltagsmilieus zu überwinden und die Sozialdemokratie zum Beispiel für die Kirchen und das Militär zu öffnen.¹⁶⁵ Dies gelang ihnen, indem sie bisherige gesellschaftspolitische Konfliktlinien in Teilen überwunden haben.¹⁶⁶ Einige der älteren Spitzenpolitiker wie Ernst Breit, Peter von Oertzen, Hans-Jochen Vogel und Inge Wettig-Danielmeier stammten aus sozialen Milieus, die der Arbeiterbewegung nicht oder nur wenig aufgeschlossen waren. „Der Nationalsozialismus war für viele eine einschneidende Erfahrung und hat die Aneignung des elterlichen Erbes in einigen Fällen erheblich erschwert, weil die Schuld der Elterngeneration diese verhindert hat.“¹⁶⁷ Viele der von mir untersuchten Politiker haben deshalb ihr elterliches Erbe reflektiert und zum Teil ihre habituellen Einstellungen modernisiert. Ihre partiellen „Um- und Neuorientierungen“ sind dabei „im Kern ihres Herkunftshabitus angelegt“.¹⁶⁸

Eine wesentliche Erfahrung der jüngeren Spitzenpolitiker war ihr Aufstieg aus vergleichsweise autoritären Elternhäusern ohne akademischen Bildungsgrad. Während ihres Bildungsaufstiegs engagierten sie sich für vergleichsweise radikale Strömungen und Organisationen (Stamokaps, Antirevisionisten, basisdemokratische Gruppen) oder sympathisierten mit ihnen (Dutschke, SDS). Im Verlauf ihrer weiteren Karriere distanzieren sie sich aber von diesen radikalen Positionen und besannen sich wieder stärker auf ihr Herkunftsbzw. elterliches Milieu. Insofern handelte es sich wie bei der älteren Generation um eine *Habitusmetamorphose* innerhalb der Grenzen ihres Herkunftshabitus. Sie sind weniger autoritär-ständisch orientiert. Sie wollen die SPD „zur *Neuen Mitte* hin öffnen und damit Milieus jenseits der traditionellen und modernen ArbeitnehmerInnenmilieus, also vor allem kleinbürgerliche und postmodern-innovative AufsteigerInnenmilieus ansprechen“, zu denen sie selbst auch zu zählen sind.¹⁶⁹ Sie können zusammenfassend als *Neue Manager*¹⁷⁰ bezeichnet werden, die Politik als Management verstehen und für die Individualität im Sinne von mehr Eigenverantwortung und in Abgrenzung zum traditionellen Solidaritäts- und Verteilungsgedanken ein zentraler Wert ist. Nur Andrea Nahles unterscheidet sich von ihnen und zählt zur Arbeitnehmerintelligenz, die egalitärer eingestellt ist. Auch die abschließende Typisierung veranschaulicht, dass sich die Repräsentationsfähigkeit gewandelt und reduziert hat:

165 Zur *Versäulung* ausführlich siehe Mario Rainer Lepsius: Sozialstruktur und soziale Schichtung in der Bundesrepublik Deutschland (bis 1970), in: ders. (Hg.): Demokratie in Deutschland. Soziologisch-historische Konstellationsanalysen. Ausgewählte Aufsätze, Göttingen 1993 [1974], S. 169 f.

166 Rokkan unterscheidet ökonomische, regionale und religiöse Konfliktlinien (Stein Rokkan: Zur entwicklungssoziologischen Analyse von Parteiensystemen. Anmerkungen für ein hypothetisches Modell, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 3 [1965], S. 675–702).

167 Reinhardt: Aufstieg und Krise der SPD, S. 188.

168 Vester u. a.: Milieus, S. 326.

169 Reinhardt: Lebenswege und politisches Feld, S. 20.

170 Zur Begriffsdefinition siehe auch Vester u. a.: Milieus, S. 39.

- „Der sozialistische Intellektuelle (Peter von Oertzen)
- Die emanzipativ eingestellte Liberal-Intellektuelle (Inge Wettig-Danielmeier)
- Die ArbeitnehmerInnenintelligenz (Ernst Breit, Anke Fuchs, Hans Koschnick und in modernisierter Form Andrea Nahles)
- Der traditionelle Arbeiterführer (Hermann Rappe)
- Der konservative Sozialdemokrat (in modernisierter Form: Hans-Jochen Vogel)
- Die *Neuen ManagerInnen* (Sigmar Gabriel, Thomas Oppermann, Olaf Scholz, Frank-Walter Steinmeier und Brigitte Zypries)¹⁷¹

Während die ältere Generation noch pluralistisch war, hat die Dominanz der *Neuen Manager* in der jüngeren Generation zu einer Krise der SPD geführt.

Schlussbetrachtung

Der vorliegende Artikel hat aufgezeigt, dass Biografien nicht als Geschichte großer Männer misszuverstehen sind. Mit Hilfe einer Lebensweg- und Habitusanalyse wurde die Repräsentationsfähigkeit von Spitzenpolitikern am Beispiel der SPD untersucht.

Die Öffnung der SPD nach 1945 für verschiedene Milieus wurde auch am Beispiel der untersuchten Politiker der älteren Generation deutlich. Sie stammen sowohl aus sozialdemokratischen als auch aus kommunistischen, konservativen, liberalen, nationalen, katholischen und protestantischen Elternhäusern. Anhand ihrer Lebenswege sowie einiger habitueller Züge und politischer Einstellungen wurde erkennbar, dass die Volkspartei SPD auf der Ebene der Spitzenpolitik traditionelle, modernisierte und konservativ-kleinbürgerliche ArbeitnehmerInnenmilieus sowie den progressiven Teil der Bildungs- und Dienstleistungselite und des technokratischen Milieus repräsentierte.

Die „neue SPD“ wird zwar vor allem von den Politikern geführt, denen sich die SPD nach 1945 geöffnet hatte, wie anhand der ausgewählten Politiker der jüngeren Generation nachgewiesen wurde, die seit dem Rückzug Schröders 2005 die SPD-Politik auf der Spitzenebene maßgeblich bestimmen. So sind es Politiker aus liberalen, konservativen, nationalen, katholischen und protestantischen Elternhäusern. Der „neuen SPD“ fehlen aber mit Ausnahme der aus einem sozialkatholischen Elternhaus stammenden und den Gewerkschaften verbundenen Andrea Nahles die Politiker, die aus sozialdemokratisch-gewerkschaftlich orientierten Familien stammen und/oder die arbeitnehmerisch-gewerkschaftliche Traditionslinie repräsentieren.

Die SPD ist in eine Krise geraten, weil sich ihre Repräsentationsfähigkeit auf der Ebene der Spitzenpolitik verengt hat. Die Dominanz der *Neuen Manager* zeigt dieses Repräsentationsdefizit, das zu einer Enttäuschung traditioneller und modernisierter Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer geführt hat. Für sie hat die SPD ihre Funktion als Partei der Partizipation und sozialen Gerechtigkeit vernachlässigt. Die SPD muss, wenn sie wieder

171 Reinhardt: Lebenswege und politisches Feld, S. 19; ausführlich dazu siehe ders.: Aufstieg und Krise der SPD, S. 528–563.

eine pluralistische Volkspartei auf der Ebene der Spitzenpolitik werden will, wieder ein Ort der Diskussion und Aushandlung werden, um plurale Einstellungen repräsentieren zu können.